



# Kinderzwangsarbeit bekämpfen

**Rede von Katrin Werner, 14. Juni 2012**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass  
aktuell weltweit ca. 215 Millionen Kinder arbeiten  
müssen.

Davon werden etwa 115 Millionen unter  
sklavenähnlichen Bedingungen ausgebeutet.

DIE LINKE hat vor einem Jahr hierzu einen Antrag in  
den Bundestag eingebracht. Nun hat die SPD einen  
Antrag vorgelegt. Ich finde es richtig, dass wir mit  
Blick auf den vorgestrigen Internationalen Tag gegen  
Kinderarbeit erneut dieses wichtige Thema  
aufgreifen.

Die Länder des Südens sind von Kinderzwangsarbeit  
besonders betroffen. Die wichtigste Ursache ist  
Massenarmut. Kinder arbeiten überall dort, wo die  
Eltern bitterarm sind.

Die Kinder werden ausgebeutet in Steinbrüchen, der  
Sexindustrie, auf Plantagen oder in Privathaushalten.

Laut UNICEF bekommen vier von fünf Kindern für ihre  
Arbeit keinen Lohn. Allein in Indien arbeiten ca.  
150.000 Kinder als Arbeitssklaven in häufig  
lebensgefährlichen Steinbrüchen. Die schwere  
körperliche Arbeit führt zu Hautkrankheiten,

Atemproblemen, gebrochenen Armen und Beinen, Taubheit und Blindheit. Zahlreiche Kinder sterben als Folge dieser Arbeit.

DIE LINKE sagt: Kinderzwangsarbeit ist moderne Sklaverei und gehört abgeschafft!

Die sozialen Ursachen für diese Kinderarbeit müssen in den betreffenden Ländern bekämpft werden. Hierbei müsste die Bundesregierung allerdings die Bekämpfung der Massenarmut weitaus stärker unterstützen. Stattdessen hat Deutschland seit Jahren die vereinbarte Zusage, 0,7 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben, bis heute nicht eingehalten.

DIE LINKE sagt: Dafür müssen sie sich schämen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ja es ist wichtig, dass Deutschland im Jahr 2002 die ILO-Konvention über das Verbot der schlimmsten Formen von Kinderarbeit ratifiziert hat. Allerdings zählt Deutschland zu den größten Absatzmärkten für Produkte aus Kinderzwangsarbeit.

DIE LINKE unterstützt deshalb den Beschluss des Bundesrats vom 9. Juli 2010, möglichst auch den Marktzugang von Produkten aus Kinderzwangsarbeit zu verhindern. So stammen zum Beispiel allein zwei Drittel aller Grabsteine auf deutschen Friedhöfen ursprünglich aus Indien, wo sie von Kindern abgeschlagen werden.

Was ist mit dem von Kindern abgebauten Marmor? Und was ist mit der Goldkette aus Afrika? In Burkina Faso arbeiten zwischen 60.000 und 200.000 Kinder in Goldminen. Rund 70 Prozent davon sind unter 15 Jahre alt, schon Fünfjährige müssen beim stundenlangen Goldwaschen im kalten, schlammigen Wasser mithelfen.

Daran verdienen sich internationale Großkonzerne

eine goldene Nase. Das müssen wir verhindern!

DIE LINKE fordert: Wir brauchen umgehend ein gesetzliches, möglichst EU-weites Verbot für die Einfuhr, den Handel und die Verwendung von Produkten aus Kinderzwangsarbeit! Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch Bund, Länder und Kommunen muss öffentlich werden, ob die ILO-Konventionen gegen Kinderarbeit im Herkunftsland und in der Lieferkette lückenlos eingehalten werden.

Für DIE LINKE gehört beides zusammen: Marktzugangssperren bei uns und Bekämpfung der sozialen Ursachen für Kinderarbeit in den Entwicklungsländern. Nur dann haben Kinder und Eltern eine Zukunft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der weltweite Schutz der Kinderrechte muss Vorrang haben vor den Profitinteressen von Unternehmen. Darüber muss über die Fraktionsgrenzen hinweg Einigkeit bestehen. Der Antrag der SPD spricht wichtige Punkte an, über die wir in den Ausschüssen reden müssen. Kinder sind unsere Zukunft und brauchen unseren Schutz. Vielen Dank!